

## **Verteilungsgerechtigkeit, Grundgesetz und Finanzmarktkrise - Ein Denkanstoß Hilde Mattheis, MdB**

Die gesellschaftliche Wirklichkeit ist uns weitgehend bekannt. Wir kennen die Fakten und Indikatoren aus der Armut- und Reichtumsberichterstattung. Wir wissen, dass die Gesellschaft in ihrer Spaltung zwischen Armut und Reichtum gewaltig auseinandertrifft. Wir wissen, dass das Wohlstandsversprechen hohler wird, dass das soziale Gleichgewicht verlorengegangen ist, der gesellschaftliche Zusammenhang bedroht ist und die Finanzmarktkrise diese Tendenzen allesamt vertieft.

Wir wissen, dass selbst bei kräftigem Wachstum das reale Einkommen der meisten Haushalte nicht gewachsen ist. Dass der Niedriglohnsektor ausgeweitet wurde, die Zahl der Aufstocker gestiegen ist und viel zu viele Alleinerziehende in Armut leben. Mit beschämenden Folgen wie der Tatsache, dass die Mehrheit aller Hauptschülerinnen und Hauptschüler Armutserfahrungen haben und Millionen von Kindern keine Chancengerechtigkeit geboten wird.

### **Wir wissen, dass die Armut in der letzten Dekade zugenommen hat.**

Wir wissen, dass der geringe Anteil an wirklich Reichen und Superreichen inzwischen weit mehr als die Hälfte des Gesellschaftsvermögens besitzt. Und wir wissen, dass dieses gesellschaftliche Auseinandertriften die Mittelschicht schrumpfen läßt. Wir wissen, dass die Durchlässigkeit nach oben immer geringer wird und dem weitaus größeren Teil der Mittelschicht einen Statusverlust Richtung Armut droht und diese das als Bedrohung empfindet und spürt:

*„Die gesellschaftliche Mitte leidet darunter, dass die soziale Balance und die Ausgleichsregeln der früheren sozialen Marktwirtschaft im bundesdeutschen Sozialstaat außer Kraft gesetzt worden sind. Gerade die gesellschaftliche Mitte hatte das Leitbild der Äquivalenz, der durch Reziprozität hergestellten Gerechtigkeit, verinnerlicht: Man zeigt Fleiß, bekommt dann mehr Lohn oder Gehalt, darf mit Aufstiegschancen rechnen. Diese Kausalkette, die legitimatorische Grundlage der sozialstaatlich abgepufferten Leistungsmarktwirtschaft, ist zerrissen. Seit den 1990er-Jahren ist das für die Mitte ein größerer Schock als für das "Unten". Der Nachwuchs der Mitte steigt unter denkbar prekären Bedingungen in das Berufsleben ein, trotz akademischer Ausbildung, trotz steter Anpassungsanstrengungen an wechselnde Profilbeschreibungen. Gleichwohl ist an soziale Mobilität über den erreichten Status der Mitte hinaus nicht zu denken; der Fall nach unten ist ungleich wahrscheinlicher.“ (Franz Walter)*

### **Wir wissen, dass Wohlstand und materielle Sicherheit für die gesellschaftlich tragende Mitte nicht mehr selbstverständlich und die Perspektive eines sozialen Aufstiegs weitgehend verbaut ist.**

Wir kennen die Umfragen, die diese Ängste und entsprechende Schlußfolgerungen belegen: „Die Mehrheit der Bundesbürger hält die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland für "nicht gerecht". (Allensbach-Institut Anfang Februar 2010). Dabei bewerteten 58 Prozent der Befragten die Verteilung von Besitz und Einkommen in Deutschland als ungerecht.

Wir kennen die hohe Anzahl der Nichtwähler und den Vertrauensverlust in die Politik, der soweit geht, dass auf die Frage "Sorgt die Politik für mehr Gleichheit zwischen Ärmeren und Reichen, oder trägt die Politik dazu bei, dass die Unterschiede zwischen Armen und Reichen größer werden?", 85 Prozent antworteten: "Die Politik sorgt für mehr Ungleichheit." Nur 5 Prozent waren der Auffassung, die Politik solle für mehr Gleichheit. (Allensbach-Institut, 19.1.2009)

**Wir wissen, dass Bevölkerungsmehrheiten sich in vielen Fragen politisch nicht mehr umfassend vertreten fühlen.**

Wir haben eine öffentliche Debatte über den Sozialstaat, die durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil zu den Regelleistungen für Erwachsene und Kinder einen starken Hinweis dafür erhalten hat, dass die Verfassungswirklichkeit mit der Verfassung nicht nur in diesem Fall kollidiert und zwar beim grundlegenden verfassungsrechtlichen Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG („Die Würde des Menschen ist unantastbar.“) in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG („Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“)

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ (Art. 3 Abs. 2 GG) Wird der soziale Rechtsstaat diesem Verfassungsanspruch 60 Jahre nach Verabschiedung des GG gerecht? So ist die Entgelt Differenz zwischen Männern und Frauen in Deutschland immer noch gewaltig. Sie liegt inzwischen bei 23%. So sinkt im Bildungsbereich der Frauenanteil mit dem akademischen Bildungsgrad ganz enorm.

Anscheinend ist es nicht verwunderlich und grotesk, wenn - wie für gefährdete Tierarten Artenschutz - nun ein Bestandsschutz für die soziale Infrastruktur in Deutschland gefordert werden muss – von der Kindertagesstätte bis zur Gemeinwesenarbeit in sozialen Brennpunkten. „Wie wäre es mit Rettungsschirmen auch für den Sozialstaat?“ ( Pfarrer Dr. Wolfgang Gern, Nationale Armutskonferenz)

Droht den Normen für sozialstaatliches Handeln, die in der 60-jährigen Geschichte der Bundesrepublik durch Rechtssprechung und Politik auf der Grundlage des Grundgesetzes entwickelt wurden, im Gefolge der Finanzmarktkrise eine Erosion?

*„Soziale Gerechtigkeit und individuelle Flexibilität gehören zusammen. Jedenfalls hat die Moderne bislang noch kein überzeugendes Alternativmodell zu den Aufgaben und Funktionen des Sozialstaats und seiner friedensstiftenden Rolle hervorgebracht. Aber dieser Staat wird mit jedem Crash auf den Finanzmärkten schwächer. Am Ende könnten die beiden Basissysteme der vergangenen Jahrhunderte implodieren: die Märkte und der Staat.(...) Die entscheidende Zukunftsfrage bleibt, ob Mitte und Mehrheit in den modernen Demokratien des 21. Jahrhunderts zur Solidarität und Sozialstaatlichkeit fähig und willens sind“ (Franz Walter)*

**Wir wissen, dass der Sozialstaat bis hin zu seiner grundgesetzlichen Substanz bedroht ist.**

**Aber wir wissen auch: In gerechteren Gesellschaften lebt man länger, besser und glücklicher.** Wenn alle Menschen aus ihrem Leben etwas machen können, tragen mehr Menschen zum Wohlstand bei.

Richard Wilkinson und Kate Pickett haben in einer Untersuchung mit Datenmaterialien aus vielen Ländern nachgewiesen, wie sehr wachsende Ungleichheit schadet. Die Eindeutigkeit ihres Befundes ist beeindruckend:

Gesellschaften mit einem hohen Grad an Ungleichheit haben durchschnittlich eine geringere Lebenserwartung, die Bürger sind ungesünder, das Bildungsniveau ist niedriger, mehr Menschen haben psychische Erkrankungen, die Kriminalität ist höher - und zwar ziemlich unabhängig vom Nationaleinkommen pro Kopf.

„Die Mordraten sind in ungleicheren Gesellschaften zehnmal so hoch wie in gleicheren. Die Zahl der psychisch Kranken ist dreimal so hoch. In ungleichen Gesellschaften bringen sechs- bis achtmal so viele Teenager Kinder zur Welt.“ Die Ergebnisse sind fast linear. Je größer die Ungleichheit, desto größer die Probleme.

Gesellschaften mit einem hohen Grad an Ungleichheit sind Gesellschaften mit großer Statuskonkurrenz und die versetzt Menschen in Stress, verdunkelt ihr Gemüt, verschlechtert ihr psychisches Wohlbefinden. Das erklärt vielleicht, warum es auch den relativ Bessergestellten in diesen Gesellschaften oft noch schlecht geht: Weil sie immer Angst haben, dass sich jemand findet, der höher als sie in der sozialen Hierarchie steht. Ungleichheit vergiftet alle sozialen Beziehungen, nicht nur die zwischen der Upper- und der Underclass. Und: Der Kampf um Status gilt als eine hauptsächliche Ursache für Gewalt.

Ihre Empfehlung: **Macht die Gesellschaften gerechter. Das ist kostengünstiger und macht die Menschen glücklicher.**

Also: Gesellschaften werden gerechter auf der Basis von Gleichheit: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ (Art. 3 Abs. 1 GG) – Aber einige sind gleicher? Gleichheit erfordert Verteilungsgerechtigkeit. Gleichheit heißt Beteiligung bei der Verfügungsgewalt über gesellschaftliche Ressourcen und Reichtum. Verteilungsgerechtigkeit muss eine Art Kohäsionsfonds für den Zusammenhalt der Gesellschaft schaffen, einen Strukturausgleich zwischen arm und reich.

Der Kampf um Gleichheit kann die Basis bilden für eine breite Solidarität. Denn:

*„Solidarität ist voraussetzungsreich. (...) Aus einem objektiven Sein wird ein wünschenswertes Sollen erst dadurch, dass Programmierer Erfahrungsaspekte in Orientierungswerte umwandeln, Einzelne zu Organisationen zusammenführen, Empörung in Ziele übersetzen. Diese Organisations-, Interpretations- und Führungsleistung ist von den beiden (früheren) Volksparteien in den vergangenen drei Jahrzehnten kaum mehr realisiert worden.“ (Franz Walter)*

**Arbeiten wir daran, dass die SPD dieser Aufgabe gerecht wird.**